Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen

Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen

Band: 27 (1971)

Heft: 1-2: g

Register: Der lange Weg zum eidgenössischen Frauenstimm- und -wahlrecht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aufsichtsräte, Schreiber, Gutsverwalter, Urkundsbeamte, Rechnungsprüfer, Leichenbeschauer, Vermesser, ferner Beamte, die Aufsichtsfunktionen auf den Gebieten des Strassen- und Kanalisationswesens sowie bei der Gewinnung von Bodenschätzen wahrnehmen. Einige dieser Wahlen können durch den betreffenden innerstaatlichen Verband auf ein anderes Organ übertragen werden.

Auch in den Schuldistrikten kommen besondere Wahlen und Abstimmungen — namentlich inbezug auf Fragen der Schulfinanzen — vor.

Zudem werden am ersten Montag im April **Gemeindewahlen und -abstimmungen** abgehalten.

Neben den Wahlen wird jeweils über Sachvorlagen abgestimmt. Ausgaben für Schulen, Sportplätze, Strassen usw. müssen bewilligt werden. Kommissionen werden ermächtigt, Verträge abzuschliessen. Im übrigen sieht die Traktandenliste einer Kreisversammlung ganz ähnlich aus wie in unseren Gemeinden. Und 75 zu behandelnde Geschäfte sind keine Seltenheit.

Diese Angaben wurden der Schrift von Walter Haller «Die Beanspruchung des amerikanischen Stimmbürgers» entnommen. Wer sich für weitere Details interessiert, kann diese Broschüre vom Verlag Eugen Rentsch, Erlenbach-Zürich, beziehen.

Europa

Auch in europäischen Staaten wird vom Mitspracherecht Gebrauch gemacht. In den meisten Ländern der **Bundesrepublik Deutschland** — ausgenommen Hamburg und Schleswig-Holstein — ist das Volksbegehren in der Verfassung vorgesehen. So wurde z. B. in Bayern zu einem Schulgesetzentwurf ein Volksbegehren eingereicht.

In **Frankreich** kann das von De Gaulle durchgeführte Referendum über Regionalfragen mit einer Volksabstimmung in unserem Sinn verglichen werden.

In diesen Staaten geht das Mitspracherecht sicher nicht so weit wie bei uns. Diese Einzelfälle deuten jedoch eine Tendenz in Richtung direkter Demokratie an.

In **Oesterreich** wurde 1963 ein Volksbegehren mit über 800 000 Unterschriften gestellt, das zu einer Änderung des Rundfunkgesetzes führte. Das Volksbegehren ist in Art. 41 und die Volksabstimmung in Art. 43 der österreichischen Bundesverfassung geregelt. Sie kommen jedoch nur in Ausnahmefällen zur Anwendung.

Schlussfolgerungen

Das amerikanische Beispiel zeigt eindrücklich, dass die direkte Demokratie — unter Mitwirkung der Frauen — auch in anderen Staaten verwirklicht ist. Das politische Gewicht des Stimm- und Wahlrechts in Michigan und die Beanspruchung seines Inhabers lassen sich durchaus mit der Schweiz vergleichen. Da auch dort die direkte Demokratie gut funktioniert, ist der Beweis erbracht, dass die Frauen diesen Aufgaben und Verpflichtungen gewachsen sind.

Schweizerisches Aktionskomitee für das Frauenstimmrecht

Der lange Weg zum eidgenössischen Frauenstimm- und -wahlrecht

Auf den folgenden Seiten finden sie den statistischen Rückblick über die Abstimmungen in den Kantonen zur Einführung der politischen Frauenrechte.

Abstimmungen zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts

Kanton	Datum		Vorlagen
Aargau	1959	1. Februar	Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
Appenzell AR	1959	1. Februar	Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1970	26. April	Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden
Appenzell IR	1959	1. Februar	Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1969	27. April	Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts in Schul- und Kirchgemeinden
	1970	26. April	Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts in Schul- und Kirchgemeinden
			Stimm- und Wahlrecht für alle Schul- und Kirchgemeinden
Basel-Land	1926	11. Juli	Stimm- und Wahlrecht in Schul- und Armensachen
	1946	7. Juli	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1955	15. Mai	Stufenweise Einführung des Stimm- und Wahlrechts
	1959	1. Februar	Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1966	13. März	* Verfassungsrevision zur stufenweisen Einführung politischer Frauenrechte auf dem Wege der Gesetzgebung
	1967	4. Juni	** Ergänzung der Staatsverfassung zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts auf dem Wege der Gesetzgebung
	1968	23. Juni	*** Stimm- und Wahlrecht in kantonalen Angelegenheiten durch Gesetzesrevision
	1970	27. Sept.	*** Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten

*** = Abstimmung, die zur effektiven Verwirklichung politischer Frauenrechte führte.

** = Abstimmung, welche die Ermächtigung der Gemeinden oder des kantonalen Gesetzgebers zur Einführung von politischen Frauenrechten bewirkte. (In den Kantonen Bern und Basel-Stadt wurden die Ermächtigungsbestimmungen in einer Abstimmung, die ausschliesslich die politischen Frauenrechte betraf, angenommen, in Graubünden bei der Revision des Gesetzes zur Ausübung politischer Rechte und in den Halbkantonen Obwalden und Nidwalden anlässlich der Totalrevision der Verfassungen.)

* = Positive Abstimmung, jedoch ohne rechtliche Wirkung

Ja	Nein	Leer, ungültig	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen im ganzen	Stimmbeteiligung %	Ja %	Nein %
17 919	60 825	1 246	94 208	79 990	84,9	22,7	77,3
1 517	8 284	162	13 583	9 963	73,3	15,5	84,5
Von der Landsgemeinde verworfen							
105	2 050	16	3 600	2 171	60,3	4,9	95,1
Von der Landsgemeinde verworfen							
Von der Landsgemeinde verworfen							
Von der Landsgemeinde verworfen							
3 164	3 332	780	22 788	7 276	31,9	48,7	51,3
3 784	10 480	204	30 249	14 468	47,8	26,5	73,5
5 496	7 070	316	35 282	12 882	36,5	43,7	56,3
8 896	14 969	160	38 050	24 025	63,1	37,3	62,7
8 321	6 210	110	45 452	14 641	32,2	57,3	42,7
8 506	4 810	158	47 185	13 474	28,5	63,9	36,1
9 374	4 396	203	48 871	13 973	28,6	68,1	31,9
21 566	5 010	876	110 325	27 452	24,9	81,1	18,9

Diese Tabelle gibt nur über Abstimmungen durch die Stimmbürger der Kantone Auskunft. Abstimmungen in den Gemeinden, sowie über die Wählbarkeit von Frauen in Behörden und über das weitgehend verwirklichte kirchliche Frauenstimmrecht sind nicht aufgeführt.

Die Zahlen bis Ende 1956 sind der Botschaft des Bundesrates über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten vom 22. Februar 1957 entnommen; von 1957 bis Ende 1970 beruhen sie auf Angaben der Staatskanzleien.

Im ganzen wurde in den Kantonen 86 mal über das Frauenstimm- und -wahlrecht abgestimmt. Das Resultat fiel, wenn man die erste Abstimmung über das Frauenstimm- und -wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten vom 1. Februar 1959 in jedem Kanton einzeln berücksichtigt, 60 mal negativ und 26 mal positiv aus. In einem Fall (Patriziati im Tessin) wurde das Frauenstimm- und -wahlrecht durch Grossratsbeschluss eingeführt.

Kanton	Datum			Vorlagen
Basel-Stadt	1920	8. Februar		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1927	15. Mai		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1946	16. Juni		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1954	5. Dezember		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1957	3. Nov.	**	Ermächtigung zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts in den Bürgergemeinden
	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1966	26. Juni	***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
Bern	1956	4. März		Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden
	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1968	18. Februar	**	Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden
Freiburg	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1969	16. November	*	Grundsätzliche Gutheissung der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts auf kirchlicher, kommunaler und kantonaler Ebene
Genf	1921	16. Oktober		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1940	1. Dezember		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1946	29. September		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1953	7. Juni		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1959	1. Februar	*	Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1960	6. März	***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten

Ja	Nein	Leer, ungültig	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen im ganzen	Stimmbeteiligung %	Ja %	Nein %
6 711	12 455	226	29 119	19 392	66,6	35	65
6 152	14 917	214	35 855	21 283	59,4	29,2	70,8
11 709	19 892	194	53 568	31 795	59,4	37,1	62,9
17 321	21 123	255	62 361	38 699	62,1	45,1	54,9
12 667	8 568	192	64 533	21 427	33,2	59,7	40,3
17 013	19 372	66	67 067	36 451	54,3	46,8	53,2
13 713	9 141	79	66 462	22 933	34,5	60	40
52 927	63 051	3 109	250 485	119 087	47,5	45,6	54,4
55 786	101 543	943	254 582	158 272	62,2	35,5	64,5
64 102	58 844	1 838	273 193	124 784	45,7	52,1	47,9
7 985	18 780	101	45 749	26 866	58,7	29,8	70,2
19 038	7 772	253	50 770	27 063	53,3	71,1	28,9
6 634	14 169	209	38 437	21 012	54,7	31,9	68,1
8 439	17 894	951	50 883	27 284	53,6	32	68
10 930	14 076	224	54 783	25 230	46,1	43,7	56,3
13 419	17 967	783	61 303	32 169	52,5	42,8	57,2
17 761	11 846	572	67 054	30 179	45	60	40
18 119	14 624	315	67 310	33 058	49,1	55,4	44,6

Kanton	Datum			Vorlagen
Glarus	1921	1. Mai		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1961	7. Mai		Fakultative Einführung eines partiellen Stimm- und Wahlrechts (Kirche, Schule, Armenpflege)
	1967	7. Mai	***	Stimm- und Wahlrecht in Kirchen-, Schul- und Fürsorgegemeinden
Graubünden	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1962	7. Oktober	**	Ermächtigung der Gemeinden, das Stimm- und Wahlrecht einzuführen
	1968	20. Oktober		Stimm- und Wahlrecht in Kanton, Kreisen und Gemeinden
Luzern	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1960	4. Dezember		Ermächtigung der Gemeinden zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts oder partieller Frauenrechte
	1970	25. Oktober	***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
Neuenburg	1919	29. Juni		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1941	9. November		Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten
	1948	14. März		Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten
	1959	1. Februar	*	Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1959	27. Sept.	***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
Nidwalden	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1965	10. Oktober	**	Neue Verfassung. Ermächtigung, die politischen Frauenrechte durch Gesetz zu regeln
	1970	26. April	***	Stimm- und Wahlrecht in sämtlichen Gemeinden

Ja	Nein	Leer, ungültig	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen im ganzen	Stimmbeteiligung %	Ja %	Nein %
Von der Landsgemeinde verworfen							
1 455	6 159	38	10 817	7 652	70,7	19	81
Von der Landsgemeinde verworfen							
Von der Landsgemeinde angenommen							
5 633	19 562	354	37 669	25 549	67,8	22,4	77,6
8 540	5 939	1 712	37 986	16 191	42,6	59	41
8 615	13 523	479	40 859	22 617	55,4	39	61
10 294	37 934	252	69 388	48 480	69,9	21,2	78,8
9 110	28 025	482	69 448	37 617	54,2	24,5	75,5
25 206	14 802	331	77 653	40 339	51,6	63	37
5 365	12 058	182	33 893	17 605	51,9	30,8	69,2
5 589	17 068	540	36 836	23 197	63	24,7	75,3
7 316	14 982	144	39 827	22 442	56,3	32,8	67,2
13 938	12 775	184	41 757	26 897	64,4	52,2	47,8
11 251	9 730	139	41 391	21 120	51	53,6	46,4
807	3 331	30	5 809	4 168	71,7	19,5	80,5
Von der Landsgemeinde angenommen							
Von der Landsgemeinde angenommen							

Kanton	Datum			Vorlagen
Obwalden	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1968	19. Mai	**	Neue Verfassung. Wählbarkeit und Ermächtigung zur Einführung politischer Frauenrechte durch Gesetz, in den Gemeinden durch Gemeindebeschluss
St. Gallen	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1970	27. September		Fakultative Einführung des Stimm- und -wahlrechts in den Gemeinden
Schaffhausen	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1967	28. Mai		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1969	14. September		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
Solothurn	1948	14. November		Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten
	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1968	18. Februar		Stimm- und Wahlrecht in Kantonsangelegenheiten
				Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten
	1970	15. Nov.	**	Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden
Schwyz	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
Tessin	1946	8. November		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1962	29. Januar	***	Stimm- und Wahlrecht in den Patriziati (Bürgergemeinden)
	1966	24. April		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1969	19. Oktober	***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten

Ja	Nein	Leer, ungültig	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen im ganzen	Stimmbeteiligung %	Ja %	Nein %
565	3 376	5	6 299	3 946	62,6	14	86
2 388	645	87	6 669	3 120	46,8	78,7	21,3
12 436	51 912	734	86 796	65 082	75	19,3	80,7
24 129	26 906	1 138	97 591	52 173	53,6	47,3	52,7
4 782	10 212	391	17 759	15 385	86,6	31,9	68,1
6 849	8 399	339	18 565	15 587	84	45	55
6 698	7 480	593	18 713	14 771	78,9	47,2	52,8
9 353	9 535	1 427	50 378	20 315	40,3	49,5	50,5
11 447	26 692	593	55 146	38 732	70,2	30	70
14 988	20 303	878	58 790	36 169	61,5	42,5	57,5
16 683	18 597	889	58 790	36 169	61,5	47,3	52,7
20 544	10 627	1 022	60 289	32 193	53,4	65,9	34,1
1 968	11 860	32	21 136	13 860	65,6	14,1	85,9
4 174	14 093	901	50 905	19 168	37,7	22,8	77,2
10 738	18 218	244	51 396	29 200	56,8	37,1	62,9

Beschluss des Grossen Rates: 33 Ja, 5 Nein; Gesetzesrevision, gegen die das Referendum nicht ergriffen wurde.
(Als Haushaltsvorstand hatte die Frau das Stimm- und Wahlrecht schon seit 1918.)

15 961	17 155	310	57 780	33 426	57,8	48,3	51,7
20 038	11 751	269	59 650	32 058	53,3	63	37

Kanton	Datum			Vorlagen
Thurgau	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1969	26. Januar	***	Stimm- und Wahlrecht in Schulangelegenheiten
Uri	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
Waadt	1951	25. Februar		Fakultatives Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten
	1959	1. Februar	*	Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
			***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
Wallis	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1970	12. April	***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
Zug	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
Zürich	1920	8. Februar		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1923	18. Februar		Wahlrecht und Wählbarkeit für Bezirks- und Gemeindebehörden
	1947	30. November		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten Wahlrecht und Wählbarkeit für Bezirks- und Gemeindebehörden
	1954	5. Dezember		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1959	1. Februar		Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten
	1966	20. November		Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten
	1969	14. Sep.	**	Fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden
	1970	15. Nov.	***	Stimm- und Wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten

Ja	Nein	Leer, ungültig	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen im ganzen	Stimmbeteiligung %	Ja %	Nein %
6 721	26 986	479	43 478	34 186	78,6	19,8	80,2
13 568	13 164	565	45 346	27 297	60,2	50,8	49,2
885	5 183	136	8 717	6 204	71,2	14,6	85,4
23 127	35 890	436	113 927	59 453	52,2	39,2	60,8
32 929	31 254	258	118 485	64 441	54,4	51,3	48,7
33 648	30 293	525	118 400	64 466	54,4	52,6	47,4
8 242	18 759	154	48 986	27 155	55,4	30,5	69,5
26 263	9 895	334	56 696	36 492	64,4	72,6	27,4
2 046	6 387	19	12 997	8 452	65	24,3	75,7
21 631	88 595	2 757	135 751	112 983	83,2	19,6	80,4
28 615	76 413	4 541	140 636	109 569	77,9	27,2	72,8
39 018	134 599	3 867	228 564	177 484	77,7	22,5	77,5
61 360	112 176	3 948	228 564	177 484	77,7	35,4	64,6
48 143	119 543	10 031	248 043	177 717	71,6	28,7	71,3
71 859	126 670	2 008	260 027	200 537	77,1	36,2	63,8
93 372	107 773	2 576	275 185	203 721	74	46,4	53,6
92 402	67 192	4 453	283 182	164 047	57,9	57,9	42,1
115 839	57 010	3 804	295 632	176 653	59,7	67	33